„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Um die Selbstverwaltung der Schuldistrikte

Eine Resolution, die wir im letzten „Courier" auszugsweise wiedergegeben haben, stellte fest, daß von etwa 4000 Schulen in der Provinz Saskatchewan nur etwa 900 bis 1000 auf der letzten allgemeinen Schulvorsteher-Tagung in Prince Albert vertreten waren. Mithin kann natürlich den Beschlüssen der genannten Konvention nicht jene Bedeutung beigemessen werden, welche man ihnen in gewissen Kreisen gerne beilegen möchte. Was bedeuten 1000 Delegaten gegenüber 3090 oder mehr anderen Schuldistrikten, die anscheinend gar kein Interesse an der Schulvorsteher-Vereinigung von Saskatchewan haben, oder es wenigstens nicht der Mühe wert halten, auf einer solchen Tagung vertreten zu sein?

Immerhin sind auf der Konvention in Prince Albert einige Entschließungen angenommen worden, die sich fast durchweg im Fahrwasser der gegenwärtigen Regierungspolitik bewegen. Auch der Religionsunterricht in der Muttersprache fand nicht den Beifall der überwiegenden Mehrheit der in Prince Albert versammelten Schulvorsteher.

Angesichts dieser Stellungnahme wäre es wohl ratsam, wenn die deutschsprechenden Steuerzahler von Saskatchewan bei nächster Gelegenheit einmal sich darüber erkundigen würden, wie eigentlich die Delegaten ihrer betreffenden Schuldistrikte sich bei den Debatten und Abstimmungen verhalten haben. Sollten die Erklärungen der Schulvorsteher nicht befriedigend ausfallen, so wird in Zukunft Wandel geschaffen werden müssen, indem man minderheitenfreundliche Männer in die Schulräte zu wählen sucht.

Aufmerksamste Beachtung seitens der deutschsprechenden Steuerzahler verdient auch das in Saskatchewan immer deutlicher hervortretende Bestreben, die bisherigen Schuldistrikte zu größeren Schulverbänden (nach Munizipalitäten oder sonstwie) zu verschmelzen. Die dafür angeführten Gründe sind nur dazu da, um die Steuerzahler über den wahren Sinn der sogenannten Reform hinwegzutäuschen. Die Grundtendenz geht dahin, immer mehr den Einfluß der Minderheiten auszuschalten, das Selbstverwaltungsrecht hinsichtlich Anstellung der Lehrkräfte, der Schulfinanzierung usw. zu beschneiden und zu verkürzen und die demokratischen Funktionen der Steuerzahler zu beeinträchtigen. Größte Vorsicht ist hier am Platze, namentlich gegenüber jenen Schönrednern, die unter schmeichlerischen und heuchlerischen Phrasen ihre wahren Absichten zu verbergen suchen.

Es ist wohl höchste Zeit, daß unsere deutschsprechenden Freunde sich mehr als je um die Schulfrage kümmern und ihren ganzen Einfluß geltend machen, damit ihnen das geringe demokratische Selbstbestimmungsrecht, das sie noch besitzen, nicht ganz entrissen wird.

Canada auf der zweiten Weltkraftkonferenz

An den Vorbereitungen zur Weltkraftkonferenz die im Juni 1930 die Vertreter aller Energieversorgungszweige der technischen und wirtschaftlichen Verbände von internationalem Ruf in Berlin vereinen wird, und die vor allem den Fragen des Energieabsatzes gewidmet sein soll, nimmt die gesamte technische Welt schon jetzt lebhaften Anteil. Von den 400 Berichten, die bereits bei der Berliner Geschäftsstelle angemeldet sind, entfällt etwa der vierte Teil auf das außereuropäische Ausland. Canada, einer der 18 Mitgliedstaaten der Weltkraftkonferenz, hat ein eigenes internationales Komitee geschaffen, dessen Vorsitz Dr. Charles Camsell, LL. D., Department of Mines, und R. Marr, Esq., Dominion of Water Power and Reclamation Service, Department of the Interior, Ottawa, führen.

Die sechs von diesem Komitee bisher angemeldeten Beiträge, die auf der Konferenz nicht einzeln, sondern im Rahmen zusammenfassender Generalberichte vorgetragen werden, sind vorwiegend dem Gebiet der Wasserkraftwirtschaft gewidmet. So sieben Beiträge über die Wasserkraftvorräte von Canada und ihren Ausbau von J. T. Johnston, über neue Richtungen in der Wasserkraftwirtschaft Canadas von Chefingenieur L. H. Hogg, Wasserkraft-Commission von Ontario und über die Wasserkraft-Industrie in Canada von G. Gordon Gale, Vice-Präsident und General Manager der Gatineau Power Company, in Aussicht. Chefingenieur Haanel von der Abteilung für Brennstoffe und Brennstoffuntersuchungen, Bergbauministerium, Ottawa, hat eine Abhandlung über Brennstoff-Forschung in Canada angemeldet.

Rückkehr zur Vernunft

Australien ist dabei, eine unsinnige und geradezu lächerliche Maßregel, zu der es sich in der Kriegspsychose hatte hinreißen lassen, wieder gut zu machen. Der Premier Australiens, Richard L. Butler, und der Führer der Opposition, Lionel L. Hill, unterstützen aufs eifrigste die Bewegung, die darauf abzielt, die deutschen geographischen Namen wieder auf die Landkarte des Landes zu bringen.

Es verdient Anerkennung, daß nun auch eine englische Wochenschrift, „Man's Weekly", die Gelegenheit benutzt, um den Verdiensten deutscher Einwanderer um den Aufbau Australiens einen Ehrentribut zu zollen. Pioniere deutscher Abstammung, sagt sie, waren es, die das unbekannte, unwirtschaftliche Land zuerst durchzogen. Die Australier gaben dann den von jenen erschlossenen Gebieten deren deutsche Namen. Die hervorragendsten deutschen Pioniere waren: Robert Homburg, der auch Kronanwalt und Richter des Obersten Gerichtshofs wurde; Kriehaus, der ebenfalls Kabinettsmitglied wurde und sich als Begründer eines ausgedehnten landwirtschaftlichen Bewässerungsplanes einen Namen gemacht hat; David Herget, der, als Botaniker und geographischer Forscher berühmt, in Zentralaustralien eine Reihe von Quellen mit einem Ueberschuß von Wasser entdeckte, die seinen Namen bekamen, da sie in diesem trockenen Lande von überaus großer Bedeutung waren; Boseden, der Hauptgründer des Roseworthy College, durch das Tausende von Studenten gegangen sind; Dr. Richard von Schomburgk, ausgezeichneter Botaniker und Direktor des Botanischen Gartens in Adelaide, und noch so manche andere.

Als der Krieg ausbrach, wurden in der Verbrennung ihre Namen von der Landkarte gestrichen. Sie sollen nun wieder eingesetzt werden. Nicht nur das, sondern man verlangt auch, daß die Namen der um Australien verdienten deutschen Pioniere einen Ehrenplatz erhalten in der Gedächtnishalle, die anläßlich der Hundertjahrfeier im Jahre 1936 errichtet werden soll. Manche von den deutschen Namen waren bereits achtzig Jahre in Gebrauch, als sie gestrichen wurden.

So fällt ein Schandmal nach dem anderen aus der unsinnigen Kriegszeit. Schon im ersten Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten sind in Australien die während des Krieges geschlossenen deutschen lutherischen Schulen wieder eröffnet worden. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die auf Wiederherstellung der deutschen geographischen Namen und damit auf Ehren der deutschen Pioniere Australiens gerichtete Bewegung sich durchsetzen wird. (Wächter u. Anzeiger.)

Eine Selbstmord-Bibliothek

Die Augsburger Stadtbibliothek hat kürzlich eine der seltsamsten Büchersammlungen erworben, die es geben dürfte. Es handelt sich um die Selbstmordbibliothek, die Dr. Hans Rost gegründet hat. Es wäre unsinnig, diese Sammlung nur als eine Kuriosität anzusehen. Dr. Rost ist seinerzeit von dem berühmten Münchener Statistiker Georg von Mayr angeregt worden, diese Bibliothek zu schaffen. Mayr selbst hat sich, vom soziologischen Standpunkte aus, eindringlich mit dem Problem des Selbstmordes beschäftigt, und soviel auch über diese Fragen, diesen Komplex von wesentlichen Problemen geschrieben, veröffentlicht, debattiert worden ist, so dürfte es doch sonst kaum eine derartige Zusammenstellung der einschlägigen Literatur geben.

Natürlich ist immer weitaus mehr gegen als für den Selbstmord geschrieben oder doch veröffentlicht worden. Die verschiedenartige Behandlung des Problems, der mit religiösen und philosophischen Fragen (Freiheit des Willens, Begriff der Pflicht, Fortleben nach dem Tode) so tief zusammenhängt, wie mit rein wirtschaftlichen, ist nicht ungefährlich, und sie dürfte selten den Augen der Zensur entgangen sein. Besonders wachsam aber war immer die Zensur des zaristischen Rußland solchen Selbstmordschriften gegenüber, und es ist bezeichnend, daß das bolschewistische Rußland es hierin nicht anders hält. Immerhin dürfte es selten genug sein, daß zum Selbstmordproblem so wie in Goethes „Werther" oder in Gustav Landauers Erstling „Der Todesprediger" Stellung genommen worden wäre.

Rosts Sammlung beleuchtet das Gesamtgebiet von allen Seiten. Eine ähnliche Selbstmordbibliothek, die des Berliner Kulturhistorikers Max von Bahr, ist der Rostschen angegliedert. Rost arbeitet nun noch an einer Selbstmord-Bibliographie, die viertausend Nummern umfaßt und in 60 Kapiteln eingeteilt ist. Das Exlibris der Sammlung zeigt den Tod, der auf zwei Pfellern der berühmten Selbstmörderbrücke von Großheselohe sitzt.

Weltumschau

Oesterreich und Deutschland. Der drei Tage in der deutschen Reichshauptstadt Berlin weilende österreichische Bundeskanzler Johann Schober empfing vor seiner Heimreise nach Wien die Zeitungsleute, um eine Erklärung über die Außenpolitik Oesterreichs abzugeben. Er stellte das Gerücht in Abrede, daß Oesterreich irgendwelche aufregenden politischen Bestrebungen verfolge. Das Schicksal habe Oesterreich den Kurs seiner Außenpolitik vorgeschrieben: es müsse mit allen anderen Ländern in Frieden und Freundschaft leben, um in erster Linie für das materielle Gedeihen seiner eigenen Staatsbürger Sorge tragen zu können.

Von seinem jüngsten Besuch in Rom sagte Schober, daß er wesentlich zur Aufhebung der Spannung beigetragen habe, die in den Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien zeitweise getreten sei; Mussolinis Amnestie-Erlaß im deutschsprechenden Südtirol sei eines der willkommenen Ergebnisse dieses Besuches.

Hier in Berlin, sagte der österreichische Bundeskanzler, habe er mit den Spitzen der Reichsregierung in freundschaftlicher Weise wegen des baldigen Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich unterhandelt. Es seien da nur noch ein paar Einzelheiten zu erledigen, was aber erst nach Beendigung der Zollmaßnahmenkonferenz in Genf geschehen werde.

Aus den amtlichen und politischen Kreisen Berlins verlautet mit nicht anzuzweifelnder Bestimmtheit, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland in den bisherigen Unterhandlungen mit dem Wiener Bundeskanzler mit keinem Wort erwähnt worden ist.

Deutsch-polnischer Handelsvertrag. Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages, die seit mehreren Jahren im Gange sind und verschiedentlich auf den Protest der deutschen Agrarier gegen die Einfuhr von Vieh und Schweinen aus Polen unterbrochen wurden, sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Wie verlautet, ist in allen Fällen ein Uebereinkommen erzielt worden und ein formeller Vertrag könnte sofort unterzeichnet werden, aber die Proteste im deutschen Reichstag gegen eine Verwirklichung des Young-Plans mit dem deutsch-polnischen Liquidierungs-Abkommen haben eine Situation geschaffen, die solcher Vertragsunterzeichnung nicht förderlich ist.

Gegen die Christenverfolgung in Rußland. In einer in Berlin abgehaltenen Massenversammlung der protestantischen Kirchen, in der auch der frühere Kronprinz, andere Mitglieder der Hohenzollernfamilie, ein russischer Bischof und vierzig russische Geistliche zugegen waren, wurde eine Entschließung gefaßt, die die ganze christliche Welt zum Protest „gegen die Christenverfolgung und Religionsunterdrückung" in Sowjetrußland aufruft. Der Hauptredner war der frühere Hofkaplan Dr. Boetzing. Er forderte alle christlichen Nationen auf, sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zu entschließen, „um dem Morden in Rußland Einhalt zu tun und das russische Volk von seinen bolschewistischen Bedrückern zu befreien."

Ausweisung deutscher Lehrer aus Memel. Die Entdeutschungspolitik Litauens im Memelgebiet wird trotz gegenteiliger Versicherungen und Abmachungen zwischen der Regierung in Kowno und der deutschen Regierung mit Gewaltmaßnahmen fortgesetzt. So ist jetzt wieder elf deutschen Lehrern im Memelgebiet vom dortigen litauischen Gouverneur die Mitteilung gemacht worden, daß sie in den nächsten Tagen mit einem Ausweisungsbefehl zu rechnen hätten.

Schon als die Kündigungen dieser elf Lehrer am 1. Februar zum 1. April erfolgten, hat die deutsche Regierung mit den zuständigen Stellen in Memel Verhandlungen angeknüpft, um zu verhindern, daß diese Lehrer plötzlich erfolglos der Rat preisgegeben werden. Da sich die litauische Regierung an die Vereinbarungen mit Berlin über derartige Fälle nicht hält, sondern beschloß, die gekündigten Lehrer vor dem ursprünglich festgelegten Termin durch Zwangsbefehl des Landes zu verweisen, ist die Reichsregierung in Kowno vorstellig geworden.

MacDonald und Rußland. Eine Erklärung des englischen Premiers Ramsay MacDonald über die Haltung der englischen Regierung gegenüber der russischen Christenverfolgung wird eine weitgehende Reaktion im englischen Parlament hervorrufen und es ist gewiß, daß sie der Gegenstand anhaltender Fragen im Unterhause sein wird. Seit zwei Wochen haben die Opponenten der Regierung versucht, den Außenminister Arthur Henderson zu veranlassen, eine Erklärung über die Ansicht der Regierung über diese Christenverfolgungen zu geben. Aber immer und immer wieder wurde erklärt, daß vorläufig keine Erklärung abgegeben werden könne, da man noch keinen Bericht von dem englischen Botschafter in Rußland über diese Angelegenheit erhalten habe. Nach Empfang einer solchen Erklärung werde die Regierung ihre Haltung und Stellung Rußland und der Verfolgung gegenüber bekannt geben.

Ramsay MacDonalds Brief, in welchem er auf diese Angelegenheit eingeht, zeigt klar und deutlich, daß er mit diesen Verfolgungen nicht zufrieden ist. Auf der anderen Seite aber kann er nicht sagen, welche Schritte im Augenblick unternommen werden können. Zwei Gründe führt MacDonald an, wodurch er beweisen will, daß keine Möglichkeit vorhanden sei. Erstens: Es kann keine politische Maßnahme getroffen werden, weil England nicht das Recht hat, sich in die inneren Angelegenheiten der russischen Regierung einzumischen. Diese Klausel ist in dem Vertrag enthalten, der abgeschlossen wurde, als die beiden Länder die diplomatischen Beziehungen wieder aufnahmen. Zweitens befürchtet MacDonald, daß, wenn man wirklich eingreifen würde, man nur die Wut der Russen und den Verfolgungswahnsinn bestärken würde.

Kriegsfurcht im Sowjetlager. Bei der Feier des zwölften Jahrestages der Gründung der Roten Armee schlugen die Sowjetführer und amtlichen Zeitungen wieder einen kriegerischen Ton an. In den Reden und Zeitungsartikeln wird das Land „vor der Gefahr durch die imperialistischen Mächte" gewarnt, die angeblich „auf den wirtschaftlichen und industriellen Fortschritt der Räte-Union eifersüchtig sind." Es hat wirklich den Anschein, daß die kommunistischen Behörden entweder einmütige wirtschaftliche Maßnahmen gegen ihre Regierung seitens ihrer europäischen Nachbarn oder einen direkten militärischen Angriff befürchten. Diese Kriegsfurcht hat sich infolge der jetzigen Kampagne im Ausland gegen die antireligiöse Politik der Moskauer Regierung ganz bedeutend verstärkt.

Die „Izwestija" schreibt in einem Leitartikel, „daß alle reaktionären Elemente der Welt gegen die Rateunion mobilisiert werden, die sich rasch ihrem Ziel, der Sozialisierung der Welt, nähere". Ferner wird erklärt, daß sich der Papst, der anglikanische Erzbischof von Canterburn, die französische Polizei, die englischen Tories, die Faschisten, die ausländischen Falscher russischen Geldes und die deutsche Bourgeoisie zu einem Bunde zusammengeschlossen hätten, der neue Angriffe auf Rußland plane. Die Beherrscher des kapitalistischen Europa scheinen aber zu vergessen, daß sie auf einem Pulverfaß Cancan tanzen. Die russische Regierung und die Arbeiter und Bauern Rußlands, hofft es weiter, wollen den Frieden verteidigen. Wenn aber der Feind seine Geschütze auf das Land der proletarischen Diktatur richten sollte, würde jeder Arbeiter und jeder Bauer es als Ehre ansehen, an dem siegreichen Marsch der roten Armee zur Vernichtung des Feindes teilzunehmen (?).

Die Zeitung „Pravda" spricht sich in ähnlicher Weise aus und der Oberbefehlshaber der roten Armee, Woroschilow, haut in die gleiche Kerbe, indem er erklärt, die rote Armee müsse stets bereit sein, eine feindliche Invasion zurückzuschlagen. Woroschilow wies in seiner Rede auf das zweite Anwachsen der ausländischen Armeen hin. Unter anderem sagte er, die amerikanische Armee besitze jetzt 121 große Feldgeschütze, während es 1913 nur 24 hatte. Auch die Luftstreitkräfte der europäischen und besonders der Nachbarländer Rußlands seien seit 1924 ganz bedeutend verstärkt worden. Gegenüber diesen riesigen Rüstungen sei jedoch die rote Armee überzeugt, daß sie unüberwindlich sei.

Fiasko der Marinekonferenz? Vorsitzender Britten vom Marineausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses erklärte, wenn die Londoner Abrüstungskonferenz ein Fiasko werde, wie es wahrscheinlich sei, werde dies das dritte Fiasko sein, das auf britische Widerspenstigkeit zurückgeführt werden müsse. Es sei ausgeschlossen, daß man einen diplomatischen Sieg auf Kosten der amerikanischen Marineverteidigung erringen könne. Es dürfe kein Abkommen getroffen werden, das nicht Ebenbürtigkeit mit England garantiere. Beide Nationen müßten berechtigt sein, die Kreuzer zu bauen, deren sie bedürften. Er bezeichnete es als lächerlich, daß man den Amerikanern zumute, 77,000 Tonnen kleiner Kreuzer zum Kostenpunkte von $130,000,000 zu bauen, bloß damit England seine Flotte noch mehr vergrößern könne. Beschränkung, nicht Vermehrung, müsse das Ziel einer Abrüstungskonferenz sein.

„Wenn die Herren der britischen Admiralität so große Freunde der Vereinigten Staaten sind, wie sie es stets versichern," fuhr Britten in seiner Rede fort, „sollen sie eine freundschaftliche Geste in der Richtung auf Weltfrieden machen, sollen sie vergessen, daß Britannia die Herrscherin der Meere ist und lieber an die überbürdeten Steuerzahler der Welt denken. Die Vertagung der Konferenz um eine Woche ist auf den Sturz der französischen Regierung zurückzuführen, was uns daran erinnern sollte, daß wir mit Regierungen schachern, die höchst wackelig sind und über Nacht dem Bankrott verfallen können. Diese Kenntnis muß zu Ramsay Macdonalds Seite-Aktionen, von Beschränkung zur Verminderung der Flotte, geführt haben, von Ebenbürtigkeit zu fortgesetzter Vorherrschaft zur See."

Britten erwähnte, der berühmte Yankee-Stolz scheine immer zusammenzuschrumpfen, wenn die amerikanische Bevölkerung mit den Staatsmännern der alten Welt zusammenkommen.

Die Ernte

Schwach und dürftig war die Ernte
letztes Jahr, doch dankt der Bauer
gläubigen Herzens seinem Gotte,
hofft, daß er Segen helfe
ihm kein Bes, so schwer und sauer.

Guten Samen, schwere Arbeit,
kurze Nächte, lange Tage,
hat er freudig hergegeben,
hoffend, daß ihm Mutter Erde
hundertfältig zu Fülle trage.

Ach, so Mancher war enttäuschet,
erntete nicht seinen Samen.
Und was euchen heut' führen jene,
die mit einem Klassenzettel
letztes Jahr zur Ernte kamen?

Ja, es hat manch deutscher Michel,
der sich stärker und besser dünkte,
der so gern am Zuge stärke,
sich nicht ang bekehren lassen,
als man ihm mit Phrasen winkte.

Hast du, Michel, ganz vergessen,
daß, wer Wind sät, Sturm wird ernten?
Oder hast du gar von denen,
die das Gute von dem Schlechten
nicht können, längst verlernen?

Willst du deiner Tat dich rühmen,
tat' es nicht in deutscher Zunge,
doch nach Hoffen, wenn den Finger
deutend an die Stirn du legtest
und verschämt die arme Lunge.

Haß und Zwietracht füllen täglich
aus die Spalten ihrer Blätter;
man begegnet uns als Deutsche,
unsre Sprache, unsre Sitten
und den Gräbern unsrer Väter.

Diplomatischen Schliffes bar
finden sie mit Zwangsgesetzen,
mit Schikanen, mit Verleumdung
und mit höhnischem Spinnen Bosheit,
was uns heilig, zu verletzen.

Ach, wie würde man uns lieben,
wenn wir ohne Klag' und Murren
willig ihre Schikanen taten
wie ein gutes Hündchen kriechen,
hündisch schmeichelnd und nicht knurren!

Doch er ist aus anderm Holze;
heuchlerisch Wortes mögt ihn zeihen,
manchen Herzens ist der Deutsche,
anspruchsvoll und geheimwillig,
doch nur stets kam er gediehen.

Fritz Gaudraus.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Demonstration in Chicago gesprengt

(Fortsetzung von Seite 1.)

Stürmische Demonstration in Los Angeles

Los Angeles. — Eine johlende und lärmende Menschenmenge von etwa 3000 angeblichen Kommunisten, die unbedingt nach dem Rathaus von Los Angeles marschieren wollte, wurde hier von 300 Polizisten, Kriminalbeamten und Ueberfallkommando, nach langem Kampfe zerstreut.

Siebenundzwanzig Demonstranten wurden verhaftet und in Polizeiwagen und Ambulanzen abtransportiert. Verschiedene von ihnen mußten erst in Hospitälern Notverbände erhalten, bevor sie ins Polizeipräsidium eingeliefert werden konnten.

Zwanzig Bomben wurden durch die Gase ihrer eigenen Tränengasbomben außer Gefecht gesetzt, als sie auf die brüllende und pöbelnde Menge von Männern und Frauen losgingen. Wieviele Demonstranten von dem Gase mitgenommen wurden, konnte nicht festgestellt werden.

Banner mit Aufschriften wie „Nieder mit der Polizei" und „Hoch die Arbeiter" wurden von den Demonstranten mitgeführt. Die Demonstration kam, nachdem während des Nachmittags Flugblätter ausgegeben worden waren, die zu einer Massenversammlung einluden.

Zu dem ersten Zusammenstoße kam es, als der Polizeileutnant William Hannes seine Leute gegen die Gruppe führte, die sich um Carl Stiar scharte, der als hiesiger Distriktsorganisator der kommunistischen Partei bekannt ist. Hannes forderte die Menge auf, sich zu zerstreuen, und sofort kam es zu einem Angriff auf die Beamten. Mit Tränengas wurden die Angreifer schließlich zurückgeschlagen.

Etwa eine Stunde später suchten 3,000 Demonstranten das Rathaus zu stürmen, wobei die 200 Mann starke Polizei zurückgedrängt wurde. Alle verfügbaren Reserven wurden indessen alarmiert, und nach ihrem Eintreffen wurden die Demonstranten schließlich abgeschlagen.

Debatte über Schulgesetzgebung

(Fortsetzung von Seite 1.)

terrichtswesens in der Provinz Saskatchewan von den frühesten Zeiten der Nordwestterritorien bis zum heutigen Tage. Er legte ferner dar, wie Dr. Anderson als Schulinspektor der liberalen Regierung alles in bester Ordnung gefunden habe, wie aus seinen Berichten an das Unterrichtsministerium hervorging, während er kurz nach seinem Ausscheiden aus der konservativen Partei überall Fehler und Mängel entdecken wollte. Im Jahre 1928 seien in Saskatchewan gewesen 8,397 Lehrkräfte, 297,316 Schüler in den Publikschulen, 4125 in den katholischen und 158 in den protestantischen Separatschulen, ferner 46 Privatschulen mit 97 Lehrkräften und 2346 Schülern. Von den 8114 Lehrkräften waren 87 Schwestern in Publikschulen und 66 in katholischen Separatschulen. Gardiner betonte weiterhin, die Regierung habe nicht die Macht, Minderheitsrechte wegzunehmen. Ihre einzige Vollmacht sei, die Rechte der Minderheiten zu erweitern. Welch starke Erregung in der Provinz herrscht geht aus den bei Gardiner eingelaufenen Protesttelegrammen und Protestschreiben hervor, die etwa 8,700 Leute vertreten, während der Premier Dr. Anderson solche eingelaufen seien, die ungefähr 3000 vertreten sollen. (Daher sind wahrscheinlich noch nicht die Proteste mitgerechnet, die den einzelnen Abgeordneten zugegangen sind. D. Red.)

Der nächste Redner war James Hogan (Liberal), Bardo. Zum folgte S. M. Wheaton (Konservativ), Bengough. Zu den glänzendsten Rednern des Tages zählte Dr. J. M. Uhrich (Liberal), Rosthern, der rundweg erklärte, er sei schwer schaff dagegen, daß eine katholische Mehrheit eine protestantische Minderheit unterdrücke, wie dagegen, daß eine protestantische Mehrheit eine katholische Minderheit unterdrücke. Der Progressive S. M. Spencer von Francis stellte sich auf die Seite Dr. Andersons. J. T. C. Tannis (Liberal), Prince Albert, behauptete, es gebe im ganzen britischen Reich kein Gesetz, das das Tragen von Trachtenkleidung in Schulen verbiete. Nachdem noch W. J. Patterson (Liberal), Pheasant, Gardiners Partei ergriffen hatte, sprach Dr. Anderson das Schlußwort, das darin ausklang, wer für die Gesetzesvorlage sei, sei gegen „sektiererische Publikschulen" in Saskatchewan, während alle Gegner der Vorlage wenigstens mittelbar zu Gunsten der „sektiererischen Schulen" seien.

30 Maschinengewehre gestohlen

Danzig. — Dreißig Maschinengewehre und die dazu gehörige Munition sind aus der hiesigen Kaserne gestohlen worden. Die Behörden haben eine Belohnung für die Wiederbeschaffung ausgesetzt.

Trotzdem die Untersuchungen absolut geheim durchgeführt werden, wurde bekannt, daß die Maschinengewehre auf einem Lastwagen abtransportiert wurden.

KANADA-DIENST
Von HAMBURG nach HALIFAX
Regelmässige Abfahrten mit den neuen "ST. LOUIS" und "MILWAUKEE"—den grössten deutschen Motorschiffen—und dem beliebten Dampfer "CLEVELAND."
VORAUSBEZAHLTE FAHRKARTEN
gewährleisten prompte Beförderung und die Unterstützung der Hapag-Organisation für Ihre Verwandten und Freunde, die zu Ihnen kommen wollen.
EXPRESS-DIENST
zwischen NEW YORK und HAMBURG
Wöchentliche Abfahrten. Mässige Preise. Schnelle und dennoch ruhige Fahrt auf den berühmten Dampfern:
ALBERT BALLIN, DEUTSCHLAND, HAMBURG und NEW YORK.
HAPAG-GELDÜBERWEISUNGEN: SCHNELL, BILLIG UND SICHER
Auskunft bei Lokal-Agenten oder
HAMBURG-AMERIKA LINIE
208 BRIDGER BUILDING, REGINA, SASK.
WINNIPEG - MONTREAL - TORONTO - EDMONTON